

Schwarzwälder Tageszeitung

Gründet
1877

'Aus den Tannen'

Samstags
Nr. 11

Hg. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt. Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt

Abonnementspreis: Bei der Post und den Agenten bezogen vierteljährlich 24 Mark, monatlich 8 Mark. Einzelhefte: Die 10seitige Heftchen über deren Raum 1 Mk., die Resthefte 2.00 Mk. Einzelhefte: Bei den Buchhändlern der Zeitung in jeder beliebigen Anzahl oder bei den Vertriebsstellen der Zeitung. Bei den Buchhändlungen Rabatt. Bei Postbestellung ist der Rabatt anzuwenden.

Nr. 74.

Altensteig, Mittwoch den 29. März.

Jahrgang 1922.

Die Antwort der deutschen Regierung.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 28. März.

Saal und Tribünen sind stark besetzt als Präsident Esse die Sitzung eröffnet.

Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt die Entgegennahme einer Erklärung der Regierung.

Reichskanzler Dr. Wirth:

Das Zustandekommen des Steuerkompromisses kennzeichnet die Tatsache, daß es betrachtet wird als eine Stille unserer auswärtigen Politik, die darauf gerichtet ist, einen vernünftigen Ausgleich zwischen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands und zu den uns auferlegten Lasten zu finden. Dieses Steuerkompromiß ist ein integrierendes Bestandteil unserer auswärtigen Politik, und wer dieses Kompromiß von innen oder außen stört, zerstört auch unsere auswärtige Politik.

Nachdem eine Störung von innen vermieden war, ist diese Störung erfolgt durch die Note der Reparationskommission. Diese Note könnte wohl eine endgültige Regelung unserer Zahlungsverbindlichkeiten sein, wenn wir in der Lage wären, ihre Bedingungen zu erfüllen und die darin festgesetzten Fristen einzuhalten. Sie würde aber einer nochmaligen Prüfung unterliegen, wenn wir die Frist des 31. Mai nicht einhalten können. Für diese Zeit sollen innerhalb 14 Tagen alle Forderungen fertig sein. Ich kann in diesem Verfahren eine praktische Lösung nicht erblicken (Sehr richtig).

Der Vorschlag der Reparationskommission an den Reichskanzler, der in überaus scharfem Tone gehalten ist (Sehr richtig), hat mit Recht in ganz Deutschland Erregung hervorgerufen (Beifall). Den ernsthaften Erfüllungsbereitschaften Deutschlands wird darin in keiner Weise Rechnung getragen. (Lebhafte Zustimmung.) Die gewaltige Steuerlast, die wir jetzt auf uns nehmen wollen, wird gar nicht gewürdigt.

Zu der Forderung einer neuen 60 Milliarden-Steuer kann ich kurz, bestimmt und eindeutig feststellen, daß dies eine völlig unmögliche Bedingung und unmögliche Annahme ist. (Lebhafte Beifall.) Wir haben die höchsten direkten Steuern und bringen jetzt auch die indirekten Steuern auf eine ähnliche Höhe.

Die Steuerleistung kann nur gewährt werden, bei Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage. Deutschlands Valuta wird aber gerade durch solche Noten immer weiter geschwächt. Es ist gänzlich unmöglich, Steuern zu finden, auf denen in einer so kurzen Zeit 60 Milliarden geschöpft werden können. Die Entente hätte durch ein Moratorium die deutsche Valuta stabilisieren können; ihre Note hat aber das Gegenteil erreicht, hat die deutsche Mark so entwertet, daß unser Staat über den Haufen geworfen worden ist. (Lebhafte Zustimmung.) Es zeigt sich hier wieder, daß Gewaltpolitik die Reparationsfrage nicht fördern kann, sondern eine weitere Einschränkung der deutschen Leistungsfähigkeit herbeiführt. Damit ist wiederum auch eine Schädigung der Gegenseite bewirkt. Nicht nur aus rein parlamentarischen, politischen und technischen Gründen ist die Erfüllung der Bedingungen der Reparationskommission bis zum 31. Mai eine Unmöglichkeit. Die parlamentarisch regierten Länder der Entente wollen dafür Verständnis haben. Es hat sich gezeigt, daß auf die Reparationskommission wirtschaftliche Darlegungen der deutschen Regierung keinerlei Eindruck mehr machen. (Lebhafte Beifall rechts.) In den Kontrollmaßnahmen erheben wir einen Eingriff in die deutsche Hoheitsrechte, und einen Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes, gegen die wir die schärfste Verwahrung einlegen. (Lebhafte Beifall.) Wir haben schon genug trübe Erfahrungen besonders mit Kontrollkommissionen gemacht. (Sehr wahr.) Wir können nicht damit einverstanden sein, daß dieses schicksale, gänzlich unproduktive Kontrollsystem noch weiter ausgedehnt wird. Das ist eine Zumutung, der sich keine deutsche Regierung im Interesse unseres Vaterlands und größten Volks unterwerfen kann. (Stärkster Beifall.) Eine Steuerkontrolle, die über das bisherige Aufsichtrecht der bisherigen Reparationskommission hinausgeht, und die Bedingung, Steuern in bestimmter Höhe zu veranlassen, können wir nicht anerkennen. Es ist unmöglich, für einen demokratischen Staat, Gesetze und Verordnungen zu erlassen, die eine fremde Kommission jeweils von ihm verlangt. Die staatlichen Grundlagen würden dadurch erschüttert und untergraben werden. Im Friedens-

vertrag und auch im Londoner Ultimatum ist ausdrücklich betont worden, daß solche Befugnisse, wie sie hier verlangt werden, der Reparationskommission nicht eingeräumt werden sollen. Daran erinnern wir jetzt die alliierten Mächte.

Der Reichskanzler weist dann den Vorwurf zurück, daß die Reichsregierung verschwenderisch wirtschaftet. Von den 200 Papiermilliarden des Etats entfallen nur 9,5 auf die Reichsverwaltung. Der Reichspräsident und sämtliche Minister zusammen kosten noch nicht soviel wie zwei Entente-generale. Deutschland wird wohl in der Verwaltung sparen, Gewinne können dabei unendlich herauskommen. Aus dem Reibn einzelner Kriegsgewinnler und valutastarker Ausländer in Deutschland darf nicht auf die Lage des deutschen Volkes geschlossen werden. Die Forderungen der Reparationskommission zur Vermeidung der Kapitalflucht werden wir gerne erfüllen, helfen kann aber nur ein internationales Zusammenwirken. Die beste Lösung wäre eine Besserung der deutschen Valuta. Die Zwangsanleihe wird mit ihrem Ertrag von einer Milliarde Gold schon weit über die von der Reparationskommission geforderten 60 Milliarden Papiermark hinausgehen. Die Erfüllung der Reparationspflicht kann aber damit nicht allein ermöglicht werden. Dazu brauchen wir eine äußere Anleihe. Diese wird aber durch solche Mittel gefährdet, wie die Haltung der Reparationskommission, die das Weltkapital zur Zurückhaltung bringt. Das Weltkapital wird eine solche Anleihe erst bewilligen, wenn uns für einen längeren Zeitraum wirtschaftliche und finanzpolitische Atemfreiheit gewährt wird. Wir werden die Note weiter genau prüfen, ehe wir die schriftliche Antwort erteilen. Wir verstehen nicht, daß uns in der Note gewisse Zahlungserleichterungen gewährt werden und daß wir die Erfüllung eines Teils ihrer Bedingungen versprechen können. Unsere wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse bilden aber die Voraussetzung einer so mechanischen Maßnahme, wie sie in der Ausschreibung von 60 Milliarden neuer Steuern von uns verlangt wird, nicht.

Wir wollen unsere Steuern verbessern; eine gesunde Lösung kann aber nur gefunden werden, in einer Verbesserung unserer Valuta. Unsere Hoffnung besteht darin, daß der Gedanke einer internationalen Reparationsanleihe Anklang im Ausland findet. Wir wollen durch die Erfüllungspolitik den praktischen Nachweis führen, wie weit die Erfüllungsmöglichkeit geht. Wir werden trotz der empfindlichen Siderungen, die die Note der Reparationskommission bedeutet, alle unsere Kräfte daransetzen, auf dem eingeschlagenen Wege fortzuschreiten. (Lachen und Beifall rechts.) Bei der Verschlechterung unserer Valuta infolge der neuesten Note der Reparationskommission wird uns ohne die Hilfe ausländischen Kapitals die Erfüllung der Reparationspflicht nicht möglich sein. Auch in dieser trüben Stunde bin ich nicht ohne Hoffnung. (Lachen rechts.) Wir ohne Hoffnung ist, der harte die Finger von der Politik fern. (Beifall bei der Mehrheit.) Der Aufbau Europas und Deutschlands ist jetzt die Aufgabe der Welt, der auch die Konferenz von Genoa dienen soll. Ohne die gewerkschaftliche Befriedung Deutschlands ist der Wiederaufbau der Welt nicht möglich. Es ist zu wählen zwischen dem Geiß von Genoa und dem Geiß der jüngsten Reparationsnote. Ich kann mir nicht denken, daß man leichtfertig den Wiederaufbau der Welt gefährden will, sondern hoffe, daß die Erkenntnis der wirtschaftlichen Notwendigkeit auch die Gegner veranlassen werde, Deutschland den Weg des Verderbens zu ersparen. Die Regierung erinnert Sie daran, daß die Ohren der Welt auf Ihre Ansprache gerichtet sind. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.)

Die Aussprache.

Hg. Hergt (D. N.) dankt dem Reichskanzler, daß er heute wenn fern zum erstenmal die unerschämte Zumutung der Finanzkontrolle energisch zurückgewiesen habe. Nicht einverstanden sei seine Partei aber mit anderen Teilen der Erklärung des Reichskanzlers, besonders mit seiner Zustimmung zu den Zahlungsbedingungen, die wesentlich über das hinausgingen, was als Erfolg von Cannes gebucht worden sei. Der Reichskanzler hätte deshalb diese Art des Moratoriums ablehnen sollen. Er habe die Möglichkeit seiner Ergründung der Steuern zugegeben. Solange der Reichskanzler nicht die Erklärung abgibt, daß auch nicht ein Teil der 60 Milliarden Steuern zugestanden werde, stehe ihm keine Partei mitzutritt gegenüber. Für eine wirkliche Einheitsfront der Abwehr diene die jetzige Regierung keine Gewähr. Sie ge-

niesse im Ausland kein Vertrauen und habe auch im Innern keinen Rückhalt. Sie hätte einer anderen Regierung Platz machen müssen. Neuwahlen seien nötig und gleichzeitig Neuwahl des Reichspräsidenten.

Hg. Stampfer (Soz.) polemisierte scharf gegen den Vordem wegen seiner Angriffe auf den Reichskanzler und erklärte, daß endlich dafür gesorgt werden müsse, daß die Bedingungen des Versailler Friedensvertrags erfüllt würden, daß den Arbeitern aller Länder ein menschenwürdiges Dasein gesichert werde. Für den Aufbau in Frankreich sage er: Diplomaten hinter die Front und Arbeiter an die Front! — Darauf wurde die Weiterberatung auf morgen Mittag 1 Uhr vertagt.

Clemenceau gegen Lloyd George.

Die neuen englisch-französischen Veröffentlichungen über die Vorgeschichte des Versailles-Vertrages können zwar nicht als sensationelle Enthüllungen bezeichnet werden, klären aber unterstreichen aber doch eine Anzahl für uns Deutsche sehr wesentlicher Punkte. Die englische Regierung hat bekanntlich vor einigen Tagen ein Memorandum Lloyd Georges veröffentlicht, das am 25. März 1919 der Friedenskonferenz übergeben worden war. Darin hatte sich der englische Ministerpräsident gegen die von Frankreich beabsichtigte und später durchgeführte territoriale Verkleinerung Deutschlands gewandt und gefordert, daß im Hinblick auf einen dauerhaften Friedenszustand möglichst wenig Deutsche unter fremde Herrschaft kommen sollten. Dieser „gerechte Frieden“ würde Deutschland vor dem Volkswind bewahren und ihm gestatten, die Reparationen zu zahlen. Die Bedingungen müßten darauf sein, daß eine verantwortliche Regierung in Deutschland sie auch durchzuführen imstande sei. Mit keinem Worte war freilich in diesem Memorandum der Tatsache Erwähnung getan, daß England selbst Deutschland Kolonien, Kriegs- und Handelsflotte und alle irgendwie erfaßbaren deutschen Auslandsvermögen geraubt hatte.

Die jetzt von Tardieu veröffentlichte Antwort Clemenceaus vom 29. März 1919 geht sofort zum Angriff gegen diese schwache Stelle des britischen Memorandums vor. Während sie die eigenen Eroberungsziele in Europa mit einem Sophismus absterbt Art der Friedenskonferenz mündgerecht zu machen sucht, kennzeichnet sie die von England beabsichtigte Vernichtung der weltpolitischen Geltung Deutschlands mit großer Deutlichkeit. Diese französische Deutlichkeit war ein taktischer Zug, der seine Wirkung nicht verfehlt hat. Da die Briten nicht gewillt waren, ihre eigenen Kriegsgewinne auch nur im geringsten preiszugeben, so blieb ihre Stellung gegenüber den französischen Raubzielen in Europa ohne richtige Stoßkraft. Trotzdem kann man nach vielem anderen, was inzwischen bekannt geworden ist — es sei nur an die Tardieuschen Enthüllungen über die Geschichte des Friedensvertrages erinnert — unbedingt annehmen, daß Engländer und Amerikaner sich niemals in dem Auslande, wie es nachher geschehen ist, vor dem französischen Willen gebeugt hätten, wenn ihre Politik durch nationalen Zusammenschluß und einschließende Abwehrpolitik in Deutschland die nötige Unterstützung gefunden hätte. Der Umfall der deutschen Nationalversammlung hat uns jeder Möglichkeit, einen besseren Frieden zu erlangen, beraubt. Die Dinge waren damals noch im Fluß; vieles, was heute unerreichbar erscheint, wäre damals vielleicht noch zu erringen gewesen. Daß dieser, wie wir jetzt wissen, keineswegs ansichtslose Versuch nicht gemacht worden ist, bleibt ein Verbrechen an der Zukunft des deutschen Volkes.

Neues vom Tage.

Schiffer bei Wirth.

Berlin, 28. März. Der deutsche Bevollmächtigte in den deutsch-polnischen Verhandlungen, Minister a. D. Schiffer, ist gestern, d. „Berl. Ztg.“, aus Genf hier eingetroffen und hat sich bereits mit dem Reichskanzler und dem Minister des Auswärtigen in Verbindung gesetzt. Auf deutscher Seite sieht man keinen Anlaß, weitere Schritte zu tun, das bringt so auch die Abreise des Ministers Schiffer deutlich zum Ausdruck. Sollten die Polen auf ihren Erklärungen verharren, so wird ein Schiedspruch Calenders unvermeidlich sein. Eine neue Entscheidung dürfte aber wahrscheinlich auch die Reichsregierung vor die Notwendigkeit stellen, entsprechende Beschlüsse zu fassen.

Londoner Beschwichtigungen.

Frankfurt a. M., 28. März. Aus London wird der „Frankf. Ztg.“ gemeldet: Maßgebende Londoner Stellen sind der Meinung, daß infolge einer gewissen Unklarheit in Deutschland durch die Note der Wiederherstellungskommission schwerwiegende Mißverständnisse, wie über die Steuerlasten und die Kontrolle, entstanden sind. Auch die Engländer halten angesichts der deutschen Wiederherstellungsverpflichtungen und des Ausfuhrertrages den im deutschen Haushalt errechneten Ueberschuß von 16 Milliarden im ordentlichen Plan für zu gering. In dieser Hinsicht wird folgendes als Sinn der Wiederherstellungsnote betrachtet: Zwar wird jedenfalls im Entschädigungsvoranschlag ein Fehlbetrag bestehen bleiben, der durch innere oder äußere Anleihen gedeckt werden muß (wobei zu bemerken ist, daß ein Kredit zur Zahlung für 1922 nicht als aussichtslos gilt), aber die Wiederherstellungskommission glaubt, daß dieser Fehlbetrag im Entschädigungsvoranschlag durch Vermehrung des ordentlichen Steuerertrags wesentlich verkleinert werden könne. Die Wiederherstellungskommission verlangt deshalb einen nur 60 Milliarden bzw. bis zum Jahresende einen um 40 Milliarden höheren Steuerertrag im ordentlichen Haushalt. Dies bedeutet jedoch keineswegs, daß auf die gesamte Last des Steuerkompromisses einschließlich der Zwangsanleihe neue 60 Milliarden getarnt werden sollen. Die Londoner Auslegung ändert zwar wenig an der Befürchtung, daß die Verbündeten unsere Leistungsfähigkeit weit überschätzen, aber ein wesentlicher Unterschied gegenüber der bisherigen Auslegung ist offensichtlich. Noch wichtiger ist ein zweiter Punkt: London sieht es als entscheidend an, daß die von den französischen Extremisten geforderte sofortige Einmischung in die deutsche Verwaltung gerade nicht stattfinden wird, vielmehr solle Deutschland in zwei kommenden Monaten, in die übrigens die Genua-Konferenz fällt, ohne derartige Einmischung selbst überlegen und vorschlagen, wie es weiterhin Reformen ausbauen wolle. Dann erst würde die Wiederherstellungskommission prüfen und den Verbündeten Interesse liegt. Uebrigens könne bedingter Aufschub bewilligt werden, und Deutschland werde nicht ultimativ vor die Frage, Ablehnen oder Annehmen, gestellt, sondern aufgefordert, in bestimmtem Sinne zu überlegen und zu handeln, wofür ein Zeitraum bis Ende Mai zur Verfügung steht.

Ein saubere Generaldirektor.

Berlin, 28. März. Die „Voss. Ztg.“ meldet aus Oberschlesien, daß Generaldirektor Hilger von der Königs- und Laurahütte, der vor einigen Tagen aus dem Berg- und Hüttenmännischen Verein ausgeschieden ist, sich an den Verband der polnischen Eisenhüttenwerke in Warschau gewandt haben soll mit der Bitte um Aufnahme in diesen polnischen industriellen Verband. Auf dieses Ansuchen soll ihm vom Warschauer Verband eine Absage erteilt worden sein.

Protest gegen französische Uebergriffe.

München, 28. März. Vor einiger Zeit ist der demokratische Landtagsabgeordnete Dr. Hammerichmidt wegen einer Versammlungsrede in Neustadt vom französischen Militärgericht unter Nichtachtung der Abgeordnetenimmunität zu einer hohen Geldstrafe verurteilt worden. Nach Mitteilung des Ministeriums des Reichens an den Verfassungsausschuß des Landtags hat das deutsche Außenamt durch den Botschafter in Paris gegen das Urteil Einspruch erhoben und diesen ersucht, Maßnahmen zu treffen, daß solche Vorkommnisse vermieden werden und daß die Zurückzahlung der Geldstrafe erfolgt. Wegen ähnlicher Fälle wird das Außenamt noch die einzelnen Schritte unternehmen.

Leserbriefe.

Und ist auch der Himmel von Wolken grau,
Hoch droben leuchtet das ewige Blau.
Und ist auch die Erde winterlich weiß,
Der Frühling schlummert tief unter dem Eis.
Und ist auch voll Gram und Kummer dein Herz;
Es blühet die Freude aus Nacht und Schmerz.

Emanuel Geibel.

Im Kampf um Liebe.

Roman von Rudolf Kollinger.

(98)

(Nachdruck verboten.)

Sie fühlte sich nicht frei von Wangen, als ihr die Schwester am Nachmittag das Erscheinen zweier Herren vom Gericht ankündigte. Da man ihr auf Roberts Verlangen von Anfang an ein Einzelzimmer eingeräumt hatte, konnten die beiden Herren, nachdem sie sich zu ihrem Empfang bereit erklärt hatte, ohne alle weiteren Vorbereitungen zu ihr geführt werden.

Inge hatte erwartet, den Polizeikommissar wiederzusehen, der sie bald nach ihrer Einlieferung über die Ursache ihrer Verlegung befragt hatte, aber sie erblickte zwei ihr unbekannte Gesichter und erfuhr, daß der freundliche, kahlköpfige Herr, der sie mit großer Artigkeit begrüßte, der Untersuchungsrichter Doktor Mengers sei, während er ihr seinen Begleiter als den zur Aufnahme des Protokolls mitgebrachten Gerichtsdiener vorstellte. Doktor Mengers erkundigte sich, ob sie sich kräftig genug fühle, eine Reihe von Fragen zu beantworten, die man wegen ihrer Wichtigkeit nicht wohl noch länger hinauschieben könne, und auf ihre bejahende Antwort fuhr er fort:

Die internationale Rheinkonferenz.

Basel, 28. März. Die internationale Rheinkonferenz ist statt auf den 25. April bereits auf den 8. April zu ihrer Tagung nach Straßburg einberufen worden. Sie wird die Revision der Mannheimer Schiffahrtsakte von 1868 behandeln.

Die schweizerisch-badische Rheinkonferenz, die letzte Woche in Basel tagte, hat bezüglich der Bodensee-Regelung und der Fortführung der Schiffahrt von Basel bis zum Bodensee sich auf ein gemeinsames Vorgehen geeinigt.

Genua-Anfragen im Unterhaus.

London, 28. März. In den gegenwärtigen Unterhaus-Sitzungen kommt ein großes Interesse für die Genua-Konferenz zum Ausdruck. Chamberlain erklärte auf eine Anfrage, daß die Regierung am nächsten Montag, an dem Tage, an dem Lloyd George seine große Rede halten will, vollständig Auskunft geben werde. Lord Balfour fragte: Wozu dient eine Erörterung der Salutasfragen in Genua, wenn man das Reparationsproblem und die Friedensverträge von der Konferenz ausschließt. Eine zweite Anfrage lautete: Wozu Lloyd George nach Genua ginge, wenn die Reparationskommission die Wechselkurse Europas sabotiere? Die Regierung antwortete auf beide Fragen nicht.

Vorerst keine neue Finanzminister-Konferenz.

London, 28. März. Wie verlautet, findet die beabsichtigte zweite Konferenz der alliierten Finanzminister vorerst nicht statt. Als Grund wird Zeitmangel wegen der Konferenz von Genua angegeben.

Der Oberkommandierende der amerikanischen Besatzungstruppen in Paris.

Paris, 28. März. Der Oberkommandierende der amerikanischen Besatzungstruppen am Rhein, General Allet, ist in Paris eingetroffen, um mit dem amerikanischen Botschafter Merrid und dem amerikanischen Vertreter in der Reparationskommission, Boyden, die Frage des Rückzugs sämtlicher amerikanischer Truppen am Rhein zu besprechen. Bisher hat die Pariser Reise des Generals damit in Zusammenhang, daß die Entente-Regierungen bei der amerikanischen Regierung vorstellig werden sollen, um den Rückzug der Amerikaner vom Rhein zu verhindern.

Serbien erkennt die Unabhängigkeit Albaniens an.

Belgrad, 28. März. Der Ministerrat hat den Entschluß, die Unabhängigkeit Albaniens sowie die jetzige Regierung Albaniens anzuerkennen.

Zahlungseinstellung einer schweizerischen Großbank.

Zürich, 28. März. Eine der ältesten Lausanner Banken, die Bankfirma Dubois Freres, Kommanditgesellschaft, hat infolge Veruntreuungen ihres Verwalters und Salutaspekulationen ihre Zahlungen eingestellt.

Harding über die Reparationsnote beunruhigt.

New York, 28. März. Laut „Frankf. Ztg.“ sagt der gewöhnlich verlässliche Washingtoner Korrespondent der New Yorker „Tribune“, Harding sei über die Note der Reparationskommission höchst beunruhigt. Er befürchtet, daß ihre Auswirkungen die europäische Wirtschaft weiter zerrütten und damit eine schwere Schädigung der amerikanischen Ausfuhr nach sich ziehen werde.

Reichstagspräsident über die politische Lage.

Berlin, 28. März. In einer in Rendsburg abgehaltenen Versammlung sprach Reichstagspräsident Uebe über die politische Lage. Er gab die Unmöglichkeit an, die Gegner Deutschlands von der Unstimmigkeit ihrer Forderungen zu überzeugen und bezeichnete es als unmöglich, daß durch diese neuen Forderungen eine Regierungskrise geschaffen werde. Ueber die Konferenz von Genua sagte er, dort solle die Angliederung Deutschlands an die übrige Welt erreicht werden. Wenn man auch wisse, daß die Besprechungen in Genua die Dinge doch nicht von Grund auf ändern werden, so besäßen wir ja bereits Ihre Aussage, und ich habe Sie lediglich zu fragen, ob Sie derselben etwas hinzuzufügen oder etwas daran zu berichtigen haben. Ich lege darauf im übrigen für den Augenblick kein besonderes Gewicht, weil dieser Vorfall zur Erhebung einer Anklage wohl schwerlich führen wird. Aber es gibt noch eine andere Angelegenheit, in der Ihre Aussage uns möglicherweise von großer Bedeutung sein kann. Und in dieser muß ich Sie schon bitten, sich durch keinerlei Rücksicht auf irgendeinen lebenden oder toten Menschen bestimmen zu lassen, mir irgend etwas zu verschweigen. Sie sind mit dem Fräulein Luiza Magnus schon seit längerer Zeit bekannt?

„Ja.“
„Stehen Sie zu ihr in einem freundschaftlichen Verhältnis — oder haben Sie früher in einem solchen Verhältnis zu ihr gestanden?“
„Es gab allerdings eine Zeit, in der wir Freundinnen waren, aber sie ist längst vorüber.“
„Mit anderen Worten: Sie sind jetzt mit der Dame verfeindet?“
„Ich mache kein Hehl daraus, daß ich keine Veranlassung habe, sie zu lieben.“
„Daß Sie ihre Aussagen dadurch nicht beeinflussen lassen dürfen, brauche ich Ihnen wohl nicht erst ausdrücklich zu sagen. Sie lernten das Fräulein Magnus in Hamburg kennen. Wie waren die Verhältnisse beschaffen, in denen sie damals lebte?“
Inge erschrak. Noch wußte sie ja nicht, worauf dies Verhör hinaus sollte; aber sie ahnte, daß hier Dinge zur Sprache kommen könnten, die es ihr unmöglich machen würden, zu verschweigen, was sie doch um jeden Preis hatte verschweigen wollen. Darum, statt die an sie gerichtete Frage zu beantworten, sagte sie:

„Es ist wirklich durchaus notwendig, Herr Untersuchungsrichter, daß gerade ich Ihnen die gewünschten Auskünfte gebe? Eben weil meine Beziehungen zu Fräulein Magnus nicht von freundschaftlicher Art sind, wäre es mir lieb, wenn ich von solcher Verpflichtung entbunden werden könnte!“
„Es tut mir leid, Fräulein Holtzhausen, aber ich kann Ihnen die Zeugenaussage nicht ersparen! Im Interesse

deren, so wurde doch immerhin hoffentlich ein Anfang dazu gemacht werden.“

Deutschland muß bezahlen!

Paris, 28. März. Im Senat sagte Senator Bergeranger, man müsse feststellen, daß die Reparationskommission bis jetzt nicht sehr befriedigt habe. Das Land wolle nicht in den Steuern untergehen, sondern es wolle, daß Deutschland bezahle. Man sehe Deutschlands Fabriken in voller Tätigkeit, seinen blühenden Handel, seine wirtschaftliche und militärische Wiedererhebung. Aber Deutschlands steuerliche Aufstrengungen seien dreimal geringer als die Frankreichs und Englands. Wenn Deutschland nicht die nötigen Anstrengungen mache, müsse man die Pfänder beschlagnahmen, die durch den Versailler Friedensvertrag festgesetzt seien. Frankreich erwarte, daß die Reparationskommission ihre Pflicht erfülle. Es wäre für Frankreich möglich, wenn es nicht Deutschland zu zwingen versuche, daß es bezahle, was es schulde.

Aus Stadt und Land.

Montag, 29. März 1922

* **Ergänzung des Ostkassenverzeichnisses.** Aus der im Reichsblatt Nr. 21 veröffentlichten Bekanntmachung des Reichsfinanzministeriums vom 3. März über die vom Reichsrat und 39. Reichstagsausschuß vorgenommene Ergänzung des Ostkassenverzeichnisses ist eine Ergänzung des Ostkassenverzeichnisses für Württemberg zu entnehmen. Danach sind mit Wirkung vom 1. April 1920 die nachstehend verzeichneten Ostkassen in die beigegebenen Ostkassen eingereiht worden: im Oberamt Nagold: Altkreis Stadt C, Wilddorf D. Im Oberamt Calw: Stummheim D, Zalmühle (Ede. Holzbrunn) D, Zinach mit Belsdorf C, Jovestein D. Im Oberamt Herrenberg: Gensberg C. Im Oberamt Neuenbürg: Demnach mit Belsdorf Neuenbürg C.

* **R. I. J. R. 246.** Die ehemaligen Angehörigen des Reserve-Inf.-Regiments 246 werden darauf aufmerksam gemacht, daß für in Rot geratene Kameraden und im Hinterbliebenen ein Unterstützungsfonds besteht. Begründete Gesuche sind zu richten an den Vorstand der Vereinigung ehemaliger Angehöriger des R. I. J. R. 246, Eichhörnchen, Theodor Häring in Ehlingen, Weilerstraße 9; für den Bezirk Nagold hat außerdem Schriftführer, Schaidle hier die Vermittlung übernommen.

— **Die Erhöhung der Posttarife.** Die Nachricht, daß mit einer Erhöhung der Posttarife zum 1. Mai zu rechnen sei, wird von zuständiger Seite als unzutreffend bezeichnet, ebenso wie die weiter daran geknüpften Angaben über die Erhöhung einzelner Tarife. Die Verhandlungen darüber sind keineswegs abgeschlossen. Vor dem 1. Juli wird voraussichtlich eine Erhöhung der Tarife nicht in Kraft treten.

— **Erster deutscher Angestelltenkongress in Weimar.** Der Gewerkschaftsbund der Angestellten, der in der Angestelltenbewegung den Einheitsgedanken nicht nur theoretisch vertritt, sondern durch Zusammenführung der früheren großen Organisationen: Kaufmännischer Verein von 1868, Verband Deutscher Handlungsgehilfen, Verein der Deutschen Kaufleute und Deutscher Angestelltenbund, zu einem Einheitsverband in die Wirklichkeit umgesetzt hat, gab am 27. März einen ersten deutschen Angestelltenkongress in Weimar ab. Diese Tagung, für die bereits eingehende Vorbereitungen getroffen werden, wird sich mit den wichtigsten Fragen der Angestelltenbewegung und des deutschen Wirtschaftslebens befassen. Der größte Teil der deutschen Angestellten (der Gewerkschaftsbund der Angestellten zählt über 350 000 Mitglieder) wird sich bei dieser Tagung

der Rechtspflege darf ich keine persönlichen Rücksichten nehmen. Und es handelt sich hier vielleicht um Feststellungen von der allergrößten Wichtigkeit. In welchen Verhältnissen also lebte das Fräulein Magnus, als Sie in Hamburg ihre Bekanntschaft machten?“

„Ich sehr bescheidenen, soweit ich weiß. Ihr Vater, der brasilianische Oberst Magnus, war schwer krank, und sie erzählte uns, daß ihm die Auszahlung seiner Pension von Seiten der brasilianischen Regierung schon seit geraumer Zeit vorenthalten werde.“

„Fräulein Magnus war damals verlobt? — Mit einem Rentier namens Jens Jonssen? Haben Sie auch den gekannt?“

„Ich bin ihm häufig begegnet.“

„Er war erheblich älter als seine Verlobte?“

„Ja.“

„Und es war allgemein bekannt, daß er sehr reich sei?“

„Das vermag ich nicht zu sagen.“

„Fräulein Magnus aber wußte es doch jedenfalls?“

„Ja, ich glaube, daß sie es gewußt hat.“

„War es nach Ihrer Meinung von Seiten der Brasilianerin eine Verlobung aus Liebe oder aus Berechnung?“

„Darauf muß ich die Antwort verweigern. Ich brauche doch wohl nur über Tatsachen Auskunft zu geben, nicht über meine Gedanken und Vermutungen.“

„Dazu kann ich Sie allerdings nicht zwingen. Kurz vor dem für die Hochzeit angeetzten Termin ist dann der Rentier Jens Jonssen plötzlich gestorben. Nach Ausweis des amtlichen Totenscheins an einem Schlagfluß, und auf Grund eines Testaments, das er wenige Tage vor seinem Ableben errichtet hatte, wurde dann Fräulein Magnus die alleinige Erbin seines großen Vermögens. Sind Sie überzeugt, daß es bei alledem durchaus mit rechten Dingen zugegangen ist?“

„Ich kann darüber nichts sagen.“

„Wie soll ich das verstehen? Sie können nichts darüber sagen, weil sie nichts darüber sagen wollen — ist es so gemeint?“

„Ich muß Ihnen freistellen, es so zu handeln.“

Fortsetzung folgt.



Vermischtes.

18 Millionen Schaden bei der Löwenbräuerei in München. Die gestrige polizeiliche Besichtigung der Brandstelle der Löwenbräuerei ergab keinen Beweis dafür, daß es sich um Brandstiftung handle. Der angerichtete Schaden beläuft sich auf 16-18 Millionen Mark.

Zur Rettung der Gutenberg-Bibel erlassen der Deutsche Buchgewerbeverein, der Börsenverein der Deutschen Buchhändler, der Deutsche Buchdruckerverein und der Deutsche Verein für Buchwesen und Schrifttum einen gemeinsamen Aufruf, in dem es heißt: Die 42-jährige Bibel Gutenbergs, dieses wunderbare Werk des Erfinders der Buchdruckerkunst, das bisher den größten Stolz des Deutschen Buchmuseums zu Leipzig gebildet hat und wegen seiner außerordentlichen Seltenheit zu den größten Kostbarkeiten des deutschen Besitzes gehört, ist in Gefahr, nach dem Auslande verkauft zu werden. Die riesenhafte Steigerung der persönlichen und sachlichen Ausgaben macht es unmöglich, das Deutsche Buchmuseum weiterzuführen, so daß mit dem Verkauf dieses wertvollsten Stückes gerechnet werden muß, falls nicht weitere Hilfe kommt. Das Deutsche Reich und der sächsische Staat haben ihre bisherigen Beiträge bedeutend erhöht, auch deutsche Künstler haben eine Rettungsaktion für die Erhaltung der Bibel eingeleitet. All das reicht aber nicht zu, um das Deutsche Buchmuseum lebensfähig zu erhalten. Die Zahl der Mitglieder muß erhöht werden und kann erhöht werden, wenn alle Kreise Deutschlands, die es vermögen, sich zur Mitgliedschaft entschließen. So wenden sich die Unterzeichneten, ehe zum äußersten geschritten wird, besonders auch an alle buchhändlerischen und buchgewerblichen Kreise mit der Bitte: ein jeder werde Mitglied und helfe dadurch unserem deutschen Vaterlande eines seiner stolzesten Werke erhalten! - Beiträge erbitten wir unter Postfach Leipzig, Nr. 63545, Deutsches Museum für Buch und Schrift. Der Mindestbeitrag beträgt 25 Mk. Erhöhte Jahresbeiträge oder einmalige Stiftungen sind besonders erwünscht.

Ein Jubiläum der Spandauer Gewerfabrik. Die im Jahre 1722 von den Spandauer Bürgern Splittgerber und Daum gegründete Gewerfabrik kann auf ihr 200jähriges Bestehen zurückblicken. Das Unternehmen ist von einer kleinen Fabrik, die nur eine ganz kleine Menge von Waffen für das Heer liefern konnte, zu einem unserer größten Industrie-Unternehmen emporgewachsen, das ein Areal von 1853 Morgen (ein Drittel des ganzen heutigen Spandau) beansprucht und 71282 Arbeitern Beschäftigung gibt. Die Fabrikten sind nach vollständiger Umstellung ihrer ursprünglichen Aufgabe, der Waffenfabrikation, in Betriebe verwandelt worden, die friedlicher Arbeit dienen.

Der Kampf um den Tod. Anscheinend in einem Bahnsinnsanfall, stürzte sich kürzlich der fünfzigjährige Arbeiter Guiseppe Gabucci aus Fossombrone in Italien aus dem von Ventimiglia nach Frankreich fahrenden Zuge. Er rollte die Böschung herab auf die Schienen, wurde aber vom Zuge weggeschleudert, ohne Verletzungen zu erleiden. Der hartnäckige Selbstmörder raffte sich jedoch auf und warf sich aufs neue auf die Schienen, auch diesmal ohne den Tod zu finden. Der Zug wurde zum Stehen gebracht, und der Unglückliche, der diesmal die Beine und einen Arm gebrochen hatte und aus Wunden am Kopfe blutete, dem Krankenhaus zugeführt.

Erfolg deutscher Arbeit auf der Wiener Messe. Hinsichtlich der Ergebnisse des Messegeschäftes wird in den beteiligten Kreisen noch immer große Zurückhaltung gezeigt. Die Auskünfte lauten zwar ziemlich optimistisch, doch wird vielfach daran nicht geglaubt. Man schreibt den schlechteren Abschluß dem Umstande zu, daß die österreichischen Preise den Weltmarktpreis schon überschritten haben. Das sei eine Folge der hohen Arbeiterlöhne, durch die die österreichische Industrie nicht mehr konkurrenzfähig sei. Es wird eine ganze Reihe von Waren genannt, bei denen die österreichischen Preise weit höher sind als die deutschen. Deutschland soll auf maschinellem Gebiet sehr große Absätze erzielt haben, vor allem auch in Nähmaschinen. Oesterreich hat, wie vorausgesagt, hinsichtlich der Luxuswaren gut abgeschnitten. Auf diesem Gebiet ist Wien noch ohne Konkurrenz. Dieser Zweig der Messe sollte daher in Zukunft weit stärker beachtet werden, während man auf anderen Gebieten sich vor unnützen Ausgaben hüten sollte. Der Erfolg der vorjährigen Herbstmesse scheint tatsächlich nur ein vorübergehender gewesen zu sein und sich aus der damaligen günstigen Konjunktur für Oesterreich zu erklären.

Die dreißig Silberdollars des Judas. Die Amerikaner, die ja bekanntlich an der diesjährigen Aufführung der Oberammergauer Passionspiele das regste Interesse nehmen, zerbrechen sich ihre Köpfe darüber, woher denn Judas seine 30 Silberlinge kriegen wird, da es nach ihrer Ansicht in Deutschland schwer halten würde, bei der Herrschaft des Papstergeldes noch 30 Silbermünzen aufzutreiben. Wie die "Chicago Tribune" berichtet, haben daher amerikanische Freunde dem Darsteller des Christus, Anton Lang, angeboten, sie würden für diese Szene 30 Silberdollars zur Verfügung stellen. Sie wünschen also, daß Judas in Dollars bezahlt wird, wahrscheinlich weil sie ihm seinen Lohn in "starker Valuta" gönnen. Die Oberammergauer haben aber dieses großartige Angebot abgelehnt, und es ist interessant, wie Anton Lang diesen Verzicht auf die Dollars begründet. "Wir halten es nicht für richtig, dieses Geld zu nehmen," sagte er einem Berichterstatter des Blattes. "Sie wissen, wie man in Europa heutzutage gegenüber dem Dollar empfindet. Gibt es doch Leute, die sagen, man könne bei dem gegenwärtigen Stande des Dollars für dieses Geld alles kaufen, selbst Seelen. Wenn wir 30 Silberdollars benutzen würden, wie wir früher 30 deutsche Silbermünzen verwendeten, so würde das zu endlosem Gerede Anlaß geben. Die deutschen Münzen, die wir das letztmal 1910 als Lohn des Judas benutzten, sind längst ausgegeben, um Brot zu kaufen. Ich fürchte, wir werden in Staniolpapier eingewickelte Goldstücke verwenden müssen, denn unter den Dorfbedürftigen dürften keine Silbermünzen aufzutreiben sein."

Lehrmeister zu beschleunigen und die Handverlängerung hat zu beurlunden, daß die Aufgaben richtig sind und der Lehrvertrag ihr vorgelegen hat.

Fleischverbrauch in Württemberg. Die amtliche Statistik der Schlachtvieh- und Fleischschlacht in Württemberg zeigt, daß der Fleischverbrauch im 4. Vierteljahr 1921 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres sehr erheblich zugenommen hat. Es wurden geschlachtet: Schweine 40 654 (1920: 20 062), Bullen 2770 (2419), Kühe 17 308 (12 451), Jungkühe 20 595 (13 208), Kälber 45 744 (17 941), Schafe 15 945 (8399), Ziegen 2272 (912), Pferde 975 (907). Bei Döfeln zeigt sich ein Rückgang: 3346 gegen 5029.

Kaltental, 28. März. (Im Streit erschossen.) In einer hiesigen Wirtschaft kam es zwischen Gästen zu Streitigkeiten, in die der hiesige Hilfspolizist hincinzogen wurde, als er den Eintritt der Polizeistunde anläudigte. Vor der Wirtschaft wurden die angetrunkenen Gäste gegen den Beamten tödlich. Dieser machte in der Notwehr von der Schusswaffe Gebrauch und verletzte den Schuhmacher Jakob Gutbrod so schwer, daß er auf dem Transport ins Krankenhaus starb.

Feuerbach, 28. März. (Ueberrascht.) Am Samstag vormittag um 7 Uhr hat ein Mädchen aus Badnang im Fluß eines Hauses der Reppstraße ein Kind geboren. Bis die Hebamme an Ort und Stelle kam, war das Kind bereits tot. Die Mutter wurde in das Katharinenhospital nach Stuttgart überführt.

Heilbronn, 28. März. (Von der Schlepsschiffahrt.) Auf der Generalversammlung der Schlepsschiffahrt-V.G. wurde mitgeteilt, daß im Jahr 1921 die Schifffahrt auf dem Neckar nur an 88 Tagen ausgenutzt werden konnte. Die Gesellschaft hat einen Verlust von 520 000 Mk. erlitten, im Vorjahr 403 913 Mk. Mit dem Lindenberg in Duisburg wurde eine Interessengemeinschaft unter der Firma Kohlenhandels-Gesellschaft Schwaanen gegründet. Es ist ein weiterer Ausbau des Unternehmens beabsichtigt.

Wegingen, 28. März. (Apothekerversammlung.) Die würt. Apothekerbeiräte waren hier versammelt, um über die wichtigsten Lebensfragen ihres Berufes zu verhandeln. Dabei spielte die Frage der Arznei- und Salbengefäße eine große Rolle. Im Anschluß daran wurde die Fabrik Leiswirth hier besucht, die die bekannten Schwabfabrikate erzeugt.

Tübingen, 28. März. (Bollstreckbares Todesurteil.) Der Staatspräsident hat von dem ihm zufließenden Begnadigungsrecht im Falle des am 26. Januar ds. J. vom hiesigen Schwurgericht wegen Mordes zum Tode verurteilten 19 Jahre alten Mörderleichts Richard Mäh von Erpingen, OA. Neulingen, keinen Gebrauch gemacht. Das Urteil wird also demnächst vollstreckt werden. Mäh hat, wie wir seinerzeit berichteten, in Eningen u. A. die 19 Jahre alte Emma Wid von dort in bestialischer Weise unweit ihres elterlichen Wohnhauses ermordet.

Kurze Chronik.

In Böhmenkirch wurde der Bauer Josef Bäßler, als er in der Mitternachtstunde vom Wirtshaus nach Hause ging, von zwei Ströchen, die plötzlich aus einem Seitengäßchen hervorsprangen, überfallen und seiner Brieftasche mit 3-4000 Mk. Inhalt beraubt.

In Heidenheim brach in einer Remise des Händlers Schönmeyer Feuer aus, das großen Schaden anrichtete.

In einer Wirtschaft in Ulm hat der Wächter seinem Herrn 5000 Mark in bar, ein Sparkassenbuch u. a. m. gestohlen.

Aus dem Gerichtssaal.

Stuttgart, 28. März. (Strafkammer.) Vor der hiesigen Strafkammer hatte sich der Maurer Gottlieb Stephan zu verantworten, weil er zusammen mit dem schon abgerichteten Einbrecher Engelried und Wiedemann in den Jahren 1919 und 1920 12 Einbrüche in Rathhäusern des Landes ausgeführt hat. Stephan war der Anführer und ging nach Oesterreich flüchtig, wo er erst vor einigen Monaten aufgegriffen wurde. Die Wäner gingen sehr vorsichtig zu Werke, benutzten die Nacht zum Sonntag zu ihren Raubzügen, warfen die Kassenschranke zum Fenster hinaus und entleerten sie ihres Inhalts an einem ruhigen Platz, wie etwa dem Friedhof. Der erste Besuch der Diebsbande galt dem Rathaus in Reussen, wo ziemlich viel Bargeld in ihre Hände fiel. Acht Tage später, im Dezember 1919, wurde das Rathaus Etetten im Remstal geplündert und über 5000 Mark Geld gestohlen. Wieder eine Woche später suchten sie die Rathhäuser in Gröpingen und Redartalsingen, OA. Rättingen, heim und erbeuteten Leder und Militärtuch. Nach weiteren 8 Tagen erbeuteten sie aus dem Rathaus in Stammheim, OA. Ludwigsburg, 12 000 Mark. Sie hatten den Kassenschrank zum Fenster hinausgeworfen. Die Plünderung des Kassenschranke in Delllingen, OA. Kirchheim, und Wommelshausen, OA. Cannstatt, gelang nicht. Dagegen wurde eine Schreibmaschine erbeutet. In Reilingen, OA. Ehlingen, warfen sie im Januar 1920 den Kassenschrank wieder auf die Straße und entleerten ihn auf dem Friedhof. Beute: 5 450 Mark. Der Einbruch im Rathaus in Duffingen, OA. Tübingen, mißlang. In Großingensheim machten sie ihre größte Beute. Der in einem Bierkeller entleerte Kassenschrank des Rathauses enthielt 48 600 Mark Kriegsanleihe und ziemlich Bargeld. In Pfleningen wurde die Einbrecherbande bei der Arbeit gestört. Auch in Eningen a. D. gelang es nicht, den 20 Zentner schweren Kassenschrank der Stiftungspflege zu erbrechen. Die Diebswerkzeuge holten die Ganner jeweils aus der Dorfschmiede des Orts. Stephan, der vor Gericht alles leugnete, obwohl bei ihm gefundene Kriegsanleihestücke und seine Genossen gegen ihn zeugten, wurde zu 12 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt.

in dem Geist zusammenfinden, Träger des deutschen Wirtschaftslbens zu sein und als solcher Mitarbeiter für den Wiederaufbau zu leisten. Hierbei wird der gewählte Lösungsweg und die geplante Grundlegung im Nationaltheater nicht ohne Einfluß darauf sein, daß die Arbeit im sozialen Geist der Weimarer Verfassung geschieht, in der gesagt ist: Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundzügen der Verfassung mit dem Ziel der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen. Die Beratungsarbeit des ersten deutschen Anstellertags wird also darauf eingestellt sein, in der Zusammenfassung der Kräfte aller ehrlich Strebenden eine bessere Zukunft zu schaffen.

Wieder feste Lieferfristen der Reichsbahn. Obwohl die Betriebslage der Reichsbahn noch nicht die frühere Höhe erreicht hat, werden zum 1. Mai d. J. wieder feste Lieferfristen eingeführt. Sie betragen:

Table with 2 columns: Abfertigungsfrist, Beförderungsfrist. Rows include: Abfertigungsfrist 1/2 Tag, Beförderungsfrist für je auch nur angef. 300 Tariffkm. 1 Tag für Güter, Abfertigungsfrist 1 Tag, Beförderungsfrist für je auch nur angef. 100 Tariffkm. 2 Tage für Frachtgut, Abfertigungsfrist 2 Tage, Beförderungsfrist bei Entfernung bis zu 100 Tariffkm. 2 Tage bei größeren Entfernungen für weitere je angefangene 100 Tariffkilometer 1 Tag.

Die Fristen sind gegenüber denen der Vorkriegszeit etwas verlängert. Die Lieferfrist beginnt nicht mehr, wie früher, für die vormittags ausgelieferten Güter um 12 Uhr mittags und für die nachmittags aufgegebenen um Mitternacht, sondern allgemein mit der auf die Annahme folgenden Mitternacht. Der Lauf der Fristen ruht für die Dauer einer ohne Verschulden der Eisenbahn eingetretenen Betriebsstörung, während des Bestehens von Evakuen und während der Aufenthalt, die durch Maßnahmen der Besatzungsbehörde verurteilt werden. Die Lieferfristen sollen im übrigen, um sie beweglicher zu gestalten, bis auf weiteres nicht mehr einen Bestandteil der Verkehrsordnung bilden, sondern durch den Tarif bestimmt werden.

ep. Deutsche Rot in Russland. Nach einer Mitteilung, die der Bischof der deutschen evang. Kirche Russlands, Friedr. Petersburg, in seinem Dankeschreiben für das Hilfsangebot des Deutschen evang. Kirchenausschusses gemacht hat, ist die Zahl der evang. Deutschen in Petersburg zusammengeschmolzen, dreimal weniger als vor dem Krieg. Das Pfund Brot kostet 32000 Rubel (= 11 Reichsmark). Die Zahl der Hungernden im Wolgarebiet beträgt nach amtlicher Zählung nahezu 14 Millionen Menschen; unter ihnen befinden sich mindestens einige hunderttausend Deutsche evang. Glaubens. Auch aus den schwäb. Kolonien Südrusslands kommen erschütternde Nachrichten über Mangel an Kleidern und Lebensmitteln, Hunger und große Sterblichkeit. Beim würt. Konsistorium sind für diese Kollektenden bisher 35 911 Mark eingegangen. Der evang. Erzbischof D. Soederblom hat einen Fassenbrief an alle Gemeindevorstände gerichtet, worin er empfiehlt, einen Tag in jeder Woche der Fastenzeit zu fasten und das ersparte Geld der Russenhilfe zuzuführen. Gaben für die evang. Deutschen, die dem Konsortium des würt. Hauptvereins der Würt. Abol.-Stiftung, Stuttgart, Alter Postplatz 4, Postfach 2372, anvertraut werden, erreichen sicher ihr Ziel.

* Calw, 28. März. (Mord?) Gestern fand der Münchinger Postbote an der Wegkreuzung Merklingen-Münchlingen-Wörzheim den lebigen 19 Jahre alten Dienstknecht Paul Sebold, der im Gasthaus zum "Ablor" in Merklingen beschäftigt war, an der Straße tot auf. Ob ein Mord vorliegt, oder ob der Mann erstochen ist, wird der gerichtliche Augenschein, der heute mittag vorgenommen wurde, ergeben. Der Mann war ganz heiß erstochen, und soll um 10 U. r. gestern abend noch in der Wirtschaft zum "Krause" in Merklingen geist haben. Bei der Leiche lag noch ein zweiter Gut (L), dessen Eigentümer unbekannt ist. G. Z.

Stuttgart, 28. März. (Die Bäderstadt.) Die Gründung einer Mineralbad-V.G. ist unter Beteiligung der Staatsfinanzverwaltung gesichert. In den unteren Anlagen soll ein Bad errichtet werden. Die bekannte Künzliche Fabrik soll umgebaut und für Bäderzwecke verwendet werden. Man hofft so, in der Nähe der großen Parkanlagen (Rosenstein und Villa Berg, dazu die Anlagen) den äußeren Rahmen für die künftige Bäderstadt gewonnen zu haben.

Todesfall. In Leipzig ist Reichsgerichtsrat Emil Preß 62 Jahre alt gestorben. Er kam 1910 an das Reichsgericht, nachdem er zuvor Oberlandesgerichtsrat in Stuttgart gewesen war.

Fremde Gäste. Eine seltene Ueberraschung brachte gestern abend der Zürcher Schnellzug: 16 indische Kinder in eigenartiger scharlachroter Kleidung, die nur das Braune Gesicht mit den runden Backen und den vollen Lippen freiließ, bildeten den Mittelpunkt einer großen Menschenmenge. Es sind Insassen eines indischen Kinderheims unter der Leitung und Fürsorge der englischen Heilpädagogin. Die Kinder befinden sich mit einigen Damen und Herren der indischen Organisation auf einer Propaganda- bzw. Missionsreise durch Europa. Die Fahrt ging zunächst nach Prag und von dort über Hamburg nach Dänemark.

Schülermonatskarten. Vom 1. April ab werden auch Schülermonatskarten an Personen unter 18 Jahren ausgegeben, die auf Grund eines gesetzlichen Lehrvertrags ein Handwerk erlernen. Die Vordrucke sind von den Fahrkartenausgaben zu beziehen. Der Antrag ist vom



Handel und Verkehr.

DoMarkts am 28. März 340.40 Mark.
Siechmarkt Karlsruhe, 27. März. Zufuhr: 203 Stück und zwar 34 Ochsen, 11 Bullen, 15 Kühe, 25 Ferkel, 9 Kälber, 109 Schweine. Es wurde bezahlt für 100 Pfund Lebendgewicht: Ochsen erste Sorte 2000 bis 2100, zweite 1900-2000, dritte 1800-1900, vierte 1700-1800; Bullen erste 1800-1900, zweite 1700-1800, dritte 1600-1700; Kühe und Ferkel dritte 2000-2100, vierte 1900-2000, fünfte 1800-1900; Schweine 240-300 Pfd. 2300-2400 M., 200-240 Pfd. 2200-2300 M., 160-200 Pfd. 2100-2200 M., 160 Pfd. 2000-2100 M. Sauen 1900-2000 M. Bemerkungen: Beste Qualität über Notiz bezahlt. Tendenz des Marktes: langsam. Markt nicht geräumt.

Stuttgart, 28. März. Dem Schlachtviehmarkt am Dienstag auf dem hiesigen Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 12 Ochsen, 6 Bullen, 86 Jungbullen, 80 Jungrinder, 82 Kühe, 379 Kälber, 510 Schweine, 72 Schafe, 1 Ziege, die alle verkauft wurden. Erlöse wurden aus 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen erste Qualität 2000-2200, zweite 1500-1800, Bullen erste 1750-1850, zweite 1550-1700, Jungbullen erste 2000-2200, zweite 1750-1900, dritte 1400-1600, Kühe erste 1400-1600, zweite 1050-1200, dritte 850 bis 950, Kälber erste 2100-2200, zweite 1900-2000, dritte 1600-1750, Schweine erste 2500-2650, zweite 2300-2400, dritte 2150-2250 M. Verkauf des Marktes: Bei schwacher Zufuhr lebhaft.

Letzte Nachrichten.

Zur Rede des Reichskanzlers.

WTB. Berlin, 29. März. Die gestrige Rede des Reichskanzlers über die Note der Reparationskommission findet in

ihrem negativen Teil die Zustimmung sämtlicher Blätter von der „Neuzzeitung“ bis zur „Freiheit“. Der positive Teil dagegen, der die Fortsetzung der Erfüllungspolitik erklärt, wird von der deutsch nationalen Presse abgelehnt mit der Feststellung, daß diese Politik einen völligen Zusammenbruch eintreten habe.

Die „Neuzzeitung“ schreibt: Es gab nur einen eindrucksvollen Protest gegen die Note der Reparationskommission, das war der Rücktritt des Erfüllungskanzlers und die Aenderung des politischen Systems.

Die volksparteiliche „Zeit“ nennt die Rede des Reichskanzlers den Beginn eines neuen Abschnitts unserer Nachkriegspolitik, der die Wirtschaftliche Erfüllungspolitik in eine Katastrophopolitik umschlagen läßt, oder wenn die Entente endlich zur Vernunft kommt, zu erträglicheren Verhältnissen überleitet.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ unterstreicht die Entschiedenheit, mit der der Kanzler auf die im groben Entwurfsentwurf gegebene Note geantwortet habe, und schreibt weiter: Dr. Brüning hat mit ebensoviel Entschiedenheit den Ostkapitalismus, wie den Kommunisten den Ostkapitalismus, seine schwächliche Anwesenheit, der das verarmte deutsche Volk durch garz Bataillone von Nichtstunern ausgefüllt ist.

Die „Germania“ hofft auf den Eindruck, den die weite Welt draußen von dem gestrigen Tag haben werde. Möge sie es auf sich wirken, was von der deutschen Regierungsbank gesagt wurde und überfließt sie dabei nicht, wer es ausgesprochen hat, der Mann nämlich, der unentwegt und allen Hindernissen von innen und außen zum Trotz seit fast einem Jahr den christlichen Erfüllungswillen des deutschen Volkes durch die Tat bewiesen hat, dann ist uns um den Erfolg nicht bange.

Die Russen in Berlin.

WTB. Berlin, 29. März. In einer gestern in der

Poliharmonie stattgefundenen Versammlung rechtsstehender Russen wurde wohl end der Versammlung auf den Verträgen aus deren Mitte geschlossen. Eine Person wurde gewählt, mehrere Personen durch Revoluzzerische Scher verlegt. Es entstand ein furchtbarer Tumult. Einer der Scher wurde verhaftet und nach der Wache gebracht. Kriminalpolizei wurde alarmiert.

Verhaftungen im belagerten Gebiet.

WTB. Berlin, 28. März. Nach einer Mitteilung der „Voss. Zig.“ aus Landau haben die franz. Militärbehörden in Landau, Wissemburg und einigen Nachbarorten dieser Tage Hausdurchsuchungen bei verschiedenen Vereinsvorständen und auch eine Anzahl Verhaftungen von Vereinsmitgliedern vorgenommen. Die Verhafteten werden von den Franzosen beschuldigt, Komplote zur Belämpfung der franz. Truppen geschmiedet zu haben.

Rückkehr der in Frankreich noch zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen?

WTB. Berlin, 28. März. Wie der „S. B. am Mittag“ aus Karlsruhe berichtet wird, ist von den gegenwärtig auf einem Hof von Toulon in Frankreich zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen der Kriegsgefangene Friedrich Siedler noch siebenjähriger Kriegsgefangenschaft hirt her zurückgekehrt. Er erklärte, in etwa 14 Tagen würde der Rest der noch in Frankreich in Gefangenschaft gehaltenen Deutschen nach der Heimat zurückkehren können.

WTB. Berlin, 28. März. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß die sich noch in Toulon aufhaltenden deutschen Gefangenen den Rest der früher in Avignon gefangen gehaltenen Deutschen beistellen, die dorthin übergeführt worden sind. Die Regierung hofft, alsbald auch diese letzten Angehörigen in die Heimat befreit werden zu können.

Druck und Verlag der W. Meyer'schen Buchdruckerei Altensteig.
 Für die Schriftleitung verantwortlich: Rudolf Laut.

Umtliche Bekanntmachungen.

In dem Gebiet des Frey Gaus, Landwirtschaft in Gimmansweiler ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Spezialziel: Die ganze Gemeinde Gimmansweiler mit Ausnahme der Strohe von Simmesfeld nach Ueberberg.

In dem Umkreis vor 15 Km. um den Seuchenort werden einbezogen sämtliche Gemeinden des Oberamtsbezirks mit Ausnahme von Gillingen, Jelschhausen, Schillingen, Sulz, Ober- und Untertalheim und folgende Gemeinden der Nachbarämter:

1. Oberamt Calw: Hornberg, Zwettberg, Martinsmoos, Rischthalen, Bergort, Egenbach, Oberlosmungen, Weitenberg, Oberhaugreit, Neu- und Albulach, Holzbronn, Sommerhardt, Leinach, Zwellstein, Altburg, Oberreichenbach, Adenbach, Wargbach, Neuweiler, Liebelsberg, Schmitz, Emsberg;

2. Oberamt Neuenbürg: Enzklösterle und Wildbad;

3. Oberamt Freudenstadt: Schwarzenberg, Baiersbrunn, Röhreinsbach, Ober- und Untermusbach, Gallwangen, Hölzschweiler, Zumligen, Esbach, Derzowweiler, Durweiler, Pfalzgrafenweiler, Weiler, Zgelsberg, Erzgrube, Wörnersberg, Schabach, Hochdorf, Göttingen, Besenfeld, Duzenbach, Adt und Heselbach;

4. Bez.-Amt Gerrensbach: Forbach, Gansbach, Langenbrand und Reichental.

In übrigen gelten die gleichen Bestimmungen wie bei dem Seuchenfall in Speilberg.

Nagold, den 28. März 1922. Oberamt: Müng.

Das Reichsernährungsministerium hat mit Erlass vom 16. März 1922 N. 11/5. 490 die Genehmigung an die Landesversorgungsstelle, den landwirtschaftlichen Kleinrentneren für Schleier, zur menschlichen Ernährung ungeeignete Kartoffeln Brennerlandbals zu gewähren, auf 50 Proz. des regelmäßig 4 hl reinen Alkohols betragenden Brennereisbestands. Die Landesversorgungsstelle, Abstellung Kartoffeln kann demgemäß nur noch bis zur Höchstmenge von 56 Ztr. Brennereisgenehmigung erteilen und muß die Freigabe größerer Mengen ungenießbarer Kartoffeln bezw. die Verlegung solcher Besuche an das Reichsernährungsministerium verweigern.

Nagold, den 28. März 1922. Oberamt: Müng.

Biehverkauf.

Nächsten Freitag, den 31. März, von vormittags 8 Uhr ab, haben wir in unseren Stallungen im Gasthaus zum Löwen in Calw einen sehr großen Transport



erklässiger, junger, harter, gewöhnlicher Milchkuhe,

trächtige Kühe (Schaffkühe)

sowie eine große Auswahl harter, gewöhnlicher trächtiger Kalbinnen,

zum Verkauf, wozu Liebhaber zum Kauf und Tausch einladen

Rubin, Salomon und Max Löwengart.

Forstamt Enzklösterle. Nadelholzstangen-Verkauf

Im Schriftlichen Aufreiß.

Aus dem Staatswald: 1226 Bauft. I.-III. Kl., 1034 Daft. I.-II. Kl., 2280 Dopfenk. I.-III. Kl. und 1595 Reisstangen. Liebhaber wollen ihre in Geld für 1 Stück der Klasse des betreffenden Sortimentes ausgedrückten Gebote unter Vorzeichnung der hierfür im Besondereverzeichnis vorgezeichneten Spalte „Angebot in Geld pro Stück“ abgeben u. verschließen u. unterschrieben mit der Aufschrift „Angebot auf Nadelholzstangen“ versehen spätestens bis Donnerstag, den 6. April 1922, nachmittags 4 Uhr beim Forstamt einreichen, in dessen Geschäftszimmer die Öffnung der Gebote zu dieser Zeit stattfindet. Loszeichnungsform von der Forstdirektion G. f. D. Stuttgart.

Nagold und Ebhausen.

Krankenartikel

2. Runder- u. Wadenbeinpfosten, Gummieinlagen, Bruchbänder, Krankenweine, Champagner, Cognak

empfehlen in reicher Auswahl

Löwen- u. Eber- u. Benz Hauptgesch.: Filialdrogerie: Nagold. Ebhausen.

Am: Schriftl. Bestellungen werden billigt, bei größeren Aufträgen franco auszuführen.

Ein selbständiger

Langholzfuhrmann

kann sofort eintreten bei

Harter, Enzklösterle, Wildbad.

Henkels PERSIL Bleichsoda

Dixin-Seifenpulver, Ata-Scheuerpulver

Flammers Seifenpulver, Seife

Waschblau in Dosen und Pulverform

Bügelkohlen in 1- und 2-kg-Packung

Sidol-Metall-Putzmittel

Schuhcreme in verschied. Fabrikaten und Packungen

Linoleumwischse gelb u. weiss in 1/4, 1/2 u. 1 kg Dosen

Stahlspähne Bürsten für alle Zwecke

Bodenöl, geruchlos

Scheuertücher usw. empf. zur Frühjahrsreinigung bei billigsten Preisen

Lorenz Luz jr. Altensteig, Telef. 46

Unterzeichnete feht eine schwere, mit dem zweiten Kalb 32 Wochen trüchtige, gute

Auf- und Schaffkuh

dem Verkauf aus

G. Schüle, Wagner Hofelden.

NISSIN gegen Kopfläuse

Nichts anderes nehmen. Zu haben Apotheke.

Das neue

Favorit-Moden-Album

für Frühjahr und Sommer

ist erschienen und zu haben in der

W. Rieker'schen Buchhandlung

Altensteig.

ALTENSTEIG.
Aluminiumgeschirre
Emailgeschirre
Gussgeschirre
Stahlpfannen
Messingpfannen
 empfiehlt in schöner Auswahl
PAUL BECK.

Hoffleit.
 Am Samstag den 1. April 1922, mitt. 1 Uhr bringen die Lehndauern in der Krone in Hoffleit
38 Nm. Nadelholzschleiter
und 20 Nm. dito Brügel
 zum Verkauf. Genehmigung bleibt vorbehalten.

Futterkalk
 alte bewährte Marken!
Brockmann's
 in Pfund Paketen Mt. 5.- per Pfund
„Porog“
 das 2 Pfund Paket SRI. 7.-
 " 6 " " " 20.-
 frisch eingetroffen bei
Fritz Bühler jr.
 Altensteig.

Zucker's Patent-Medizinal-Seife
 in Verbindung mit Zuckoox-Creme beseitigt rasch alle Hautunreinigkeiten und erzeugt eine gesunde, schöne Haut
 Zu haben:
Schwarzwald-Drogerie Altensteig Tel. 41

